

Antrag des Vorstands auf der Mitgliederversammlung des VCD Nord e.V. am 08. März 2025
Fristgerecht eingereicht durch Alexander Montana am 22.02.2025.

Mobilitätsgarantie für ganz Schleswig-Holstein

Die Mitgliederversammlung des VCD Nord e.V. beschließt, dass sich der Landesverband im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit und Lobbygespräche für einen flächendeckenden Rufbusverkehr in Schleswig-Holstein stark macht.

Begründung:

Öffentlicher Personennahverkehr ermöglicht es allen Menschen kostengünstig mobil zu sein, ohne ein Auto und einen Führerschein besitzen zu müssen. ÖPNV ist Daseinsvorsorge, er macht Besorgungen, Arzttermine und Arbeitswege autounabhängig möglich. Gerade in den ländlichen Bereichen Schleswig-Holsteins ist diese Daseinsvorsorge oft nicht gegeben. Das Land droht bei der Verkehrswende abseits der Schiene den Anschluss zu verlieren. Zuletzt wurden die Leistungen z. B. in Nordfriesland sogar zurückgefahren. Selbst Orte in der Metropolregion Hamburg sind innerhalb der Ferien oft Wochen nicht per ÖPNV erreichbar.

Insbesondere Ortschaften, die an Wochenenden und Feiertagen nicht per ÖPNV erreichbar sind, brauchen ein ganztägiges (bedarfsorientiertes) Angebot. An Ferientagen ist sicherzustellen, dass Berufstätige auch ohne die Fahrten des Schulverkehrs und ohne eigenes Fahrzeug ihre Arbeitsplätze in den nächstgrößeren Orten erreichen können. Montags bis freitags sollten zumindest die oft großen Angebotslücken am Vormittag geschlossen werden, sodass Besorgungen und Arzttermine problemlos möglich sind.

Flächendeckende Rufbusse können Mobilität für alle garantieren. In einzelnen Landkreisen in Schleswig-Holstein gibt es Rufbussysteme bereits, überwiegend jedoch noch nicht. Beispielhaft ist das Land Mecklenburg-Vorpommern, das den landesweiten Rufbus in der Fläche fördert. Das Land MV bezuschusst jeden Landkreis mit 3 Mio. Euro im Jahr, um einen flächendeckenden Rufbusverkehr sicherzustellen. Das sind knapp 15 Euro pro Jahr und Bürger*in. Ähnlich zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns soll Schleswig-Holstein eine dauerhafte Landesförderung von Bedarfsverkehren ermöglichen und so gemeinsam mit den Kommunen Mobilität für alle garantieren.